

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington

„Amerika, Gott und die Welt“

Zum Verhältnis von Religion und Politik
in den Vereinigten Staaten

Isabelle Kürschner

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

☎ +1-202-464-5840
📄 +1-202-464-5848
💻 office@kasusa.org
www.kasusa.org
www.kas.de

Amerika ist anders

„Gott segne unser Land“ waren die letzten Worte von Bundespräsident Horst Köhlers Amtsantrittsrede. Ein ungewöhnlicher Satz für Deutsche Ohren – ein ganz und gar nicht ungewöhnlicher in der politischen Rhetorik der USA. Ganz offen beruft sich hier der Präsident auf Gottes Hilfe bei der Ausübung seines Amtes. George W. Bush sagte am 12. Januar dieses Jahres in einem Interview mit der konservativen Zeitung *Washington Times* „I cannot see how you can be President without a relationship to the Lord“ – „Ich weiß nicht, wie man das Amt des Präsidenten ausüben kann, ohne eine Beziehung zu Gott zu haben.“

Den Europäern, die Amerika oft als den großen Bruder jenseits des Atlantiks betrachten und die sich der immensen Unterschiede zwischen den beiden Kontinenten nicht immer bewußt sind, ist diese Nähe zum Herrn oft geradezu unheimlich. Vor allem in Deutschland wird oft davon ausgegangen, man wüßte durch Fernsehen, Kino und Musik nahezu alles über Amerika. Doch wie paßt dieser starke Bezug auf Gott in die Lebenswelt einer – in unseren Augen – rein materialistisch orientierten Gesellschaft?

Was vielen Menschen in Europa verborgen bleibt: Die Zugehörigkeit zu einer Kirchengemeinde macht meist überhaupt erst die Verwurzelung des Durchschnitts-Amerikaners in seiner Lebenswelt aus und das gilt nicht nur für die religiösen Fundamentalisten im sogenannten Bible-belt der Südstaaten, sondern für fast 85 Prozent der amerikanischen Bevölkerung, die sich als gläubig bezeichnen und moralischen Werten eine sehr hohe Bedeutung zumessen. Um sich ein Urteil zu erlauben, müssen die Europäer viel genauer auf die amerikanische Religiosität schauen und akzeptieren, daß Amerika in vielerlei Hinsicht anders ist – und wertkonservativer.

Präsidenten und Religion

Der Historiker Arthur Schlesinger jr. nennt die Präsidentschaft George W. Bushs in der *Welt* „die erste glaubensorientierte Administration in der amerikanischen Geschichte.“ Und es ist kein Geheimnis, daß der Präsident seine Kraft zum Regieren und Entscheiden zu großen Teilen aus seinem tiefen Glauben bezieht. Jeden Tag beginnt der mächtigste Mann der Welt mit Gebet und Bibellektüre, woraus er nach eigenen Aussagen seine Kraft zum Regieren schöpft. Für ihn sei es unvorstellbar, so Bush, dem Druck der auf ihm laste, ohne Hilfe Gottes standzuhalten. Vor großen Pressekonferenzen könne man beobachten, wie er den Kopf senke, bevor er zum Mikrophon gehe. Obwohl vielfach als *wiedergeboren* betitelt, verwendet der Präsident das Wort nicht selbst, wenn er von seinem Glauben spricht. Er sagt hingegen, er habe sein Leben Christus neu gewidmet und seinen eigenen Weg zu persönlichem Glauben gefunden, indem er sich der Bibel zuwandte und das Trinken aufgab.

Gleichzeitig gesteht George W. Bush, der selbst von den eher liberalen Episkopalern zu den fundamentalistischeren Methodisten konvertierte, jedem Amerikaner seine eigene Religionszugehörigkeit zu. In besagtem Washington Times Interview stellt Bush klar: „Es ist nicht die Aufgabe des Präsidenten zu sagen, du mußt religiös sein. Es ist die Aufgabe des Präsidenten zu sagen, du hast die freie Wahl. (...) Egal ob du Sikh oder Moslem bist, du bist genauso Amerikaner wie ein Methodist – oder sonst irgendjemand.“ Bush geht sogar davon aus, daß Christen und Moslems zum gleichen Gott beten und lediglich die Art der Ansprache eine andere ist. Er wehrt sich einerseits dagegen, den Kampf gegen den Terrorismus als religiösen Krieg zu bezeichnen. Andererseits rief Bush in seinem Bericht zur Lage der Nation seine Landsleute auf, in der historischen Mission Amerikas mit Zuversicht voran zu gehen, „weil dieser Ruf der Geschichte das richtige Land erreicht hat. (...) Die Freiheit die wir schätzen, ist nicht Amerikas Geschenk an die Welt, sie ist das Geschenk Gottes an die Menschheit. (...) Möge Er uns jetzt leiten. Und möge Er weiterhin die Vereinigten Staaten von Amerika beschützen.“

Etwas bescheidener hält es hingegen Bushs demokratischer Herausforderer John Kerry mit dem Verhältnis des Allmächtigen zu ‚God’s own Country‘. Er berief sich im Wahlkampf auf Abraham Lincolns Aussage „Ich will nicht behaupten: Gott steht auf unserer Seite, ich will in Demut darum beten, daß wir auf Gottes Seite stehen.“ Obwohl es unter den Präsidenten des letzten Jahrhunderts sehr viele Gläubige gab, nahm bei keinem die Religion einen so großen Stellenwert ein wie beim amtierenden. Woodrow Wilson hatte keinen Zweifel daran, daß Gott die Vereinigten Staaten und ihn selbst zur Erlösung der Menschheit erschaffen hatte. John F. Kennedy sagte in seiner Amtsantrittsrede, daß die Menschenrechte, um die Amerika seit seiner Gründung kämpfte, nicht von der Großzügigkeit des Staates, sondern aus Gottes Hand stammten. Bill Clinton und Jimmy Carter bezeichneten sich ebenso als wiedergeboren wie George W. Bush. Aber keiner von ihnen, so Schlesinger, behandelte weltliche Themen nach religiösen Maßstäben, noch versuchten sie, die Religion zu politischen Zwecken einzusetzen. Hat der gegenwärtige Präsident diese Standards außer Kraft gesetzt?

Die Bedeutung der Religion im Wahlkampf

Auch wenn viele im In- und Ausland Bushs Art, mit dem Glaube umzugehen, mit Skepsis betrachten, gibt es in Amerika nicht wenige, die dies begrüßen, da sie religiöse Aussagen bisher in der Politik vermißt haben. Jeweils ein Drittel der Amerikaner gaben in einer Meinungsumfrage der Nachrichtensendung Fox News an, daß der Präsident zu wenig, zu oft, oder gerade oft genug über Gott und Religion spricht.

„Lieber lasse ich mich besiegen,“ sagte einst der republikanische Präsident James A. Garfield, „als aus meiner Religion Kapital zu schlagen.“ Diese

Einstellung mag im Wahlkampf 2000 auch noch für George W. Bush gegolten haben. Daß sich religiöse Einstellungen in Amerika auf das Wahlverhalten auswirken, wie in keiner anderen Demokratie des Westens, ist jedoch auch den Wahlkämpfern des Präsidenten nicht verborgen geblieben. Engagierte Gläubige, gleich welcher Religion, tendieren zu konservativen politischen Einstellungen und haben eine deutlich höherer Affinität zu den Republikanern. Diese Erkenntnis mag dazu beigetragen haben, daß Karl Rove, Bushs Wahlstrategie, es sich zum Ziel gesetzt hatte, die nach seinen Schätzungen vier Millionen evangelikalen Christen, die im Jahr 2000 nicht zu Wahl gegangen waren, 2004 zu mobilisieren. Die Kampagne der Republikaner machte kein Geheimnis daraus, daß man sich von den 40 Millionen Amerikanern, die sich selbst als evangelikal bezeichnen, Unterstützung erwartete. Dabei neigt die große Mehrheit der Wähler, die von der sogenannten Christlichen Rechten mobilisiert worden sind, nicht selbst zu fundamentalistischen Einstellungen. Für sie waren lediglich konsequente, moralische Werte entscheidend bei der Abgabe ihrer Stimme.

Wie Bush selbst richtig festgestellt hat, ist Gott weder Republikaner, noch Demokrat. Auch die große Mehrheit, immerhin 80 Prozent, der demokratischen Wähler bezeichnet sich selbst als gläubig und würde sogar eine religiösere Prägung der Politik befürworten. Auf Drängen seiner Berater hin hat deshalb auch John Kerry im Wahlkampf vermehrt auf seine katholische Erziehung hingewiesen. Auf die Frage, ob er jemals eine politische Entscheidung auf Grund seines religiösen Glaubens getroffen habe, antwortete er jedoch „Meine gesamte Persönlichkeit basiert auf meinem Glauben. (...) Aber ich treffe keine politischen Entscheidungen in Anbetracht dessen, noch bin ich der Meinung wir sollten dies tun.“

Für beide Parteien ist es eine Herausforderung, christliche Wähler zu erreichen, ohne andere Stimmen dabei zu verlieren. Während die Demokraten versuchen, einerseits weltoffene und liberale Ansichten zu vertreten, müssen sie andererseits auch Moral- und Wertfragen in ihre Programmatik einbeziehen, um auch ihre religiösen Wähler weiterhin zu erreichen. Für die Republikaner gilt es, ein breites Spektrum – vom wirtschafts- und wertliberalen bis hin zum wertkonservativen Flügel – unter einen Hut zu bringen.

Insofern mag es nicht verwundern, daß Wertfragen im Wahlkampf eine erhebliche Rolle spielen – Werte vor allem, die sich mehr oder weniger direkt mit Religion in Verbindung bringen lassen. Die Einstellung der Kandidaten zu Themen wie Abtreibung, Homo-Ehe, Schulgebet oder Todesstrafe ist dabei von großer Bedeutung. Immerhin standen diese Fragen bei der Wahlentscheidung noch vor Irakkrieg und Wirtschaftspolitik. Moralische Konsequenz ist ein hohes Gut in den USA und ein wesentlicher Teil der amerikanischen Identität. Das sollten vor allem die Europäer beim Blick auf den anderen Kontinent nicht aus den Augen verlieren, sondern akzeptieren, daß die amerikanische Gesellschaft grundsätzlich wertkonservativer ist. Doch obwohl gerade die Deutschen oft als besonders offen für die Sitten anderer Länder zeigen wollen, reicht die Toleranz

meist nicht einmal bis über den Atlantik und so festigt sich schnell das Bild von religiösen Spinnern, denen es an jeglicher Kultur zu fehlen scheint. Dabei hat die Besinnung auf kulturelle und religiöse Wurzeln gerade in einer weltlichen und multikulturellen Gesellschaft ihre Bedeutung. Bush traf mit der Betonung alter Werte wie Familie, Religiosität und Tugendhaftigkeit jedenfalls den Nerv der Mehrheit einer verunsicherten Nation.

Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik

Ein Weg, die Wertfragen so zu gestalten, daß sie möglichst viele Wähler ansprechen ohne bestimmte Gruppen dabei auszugrenzen, ist sich dabei nicht nur auf die Innenpolitik zu beschränken, sondern darüber hinaus die Außenpolitik mit einzubeziehen. Außen- und Sicherheitspolitische Themen eignen sich besser für den Zusammenhalt des eignen Lagers, nachdem vor allem mit dem Terrorismus eine neue Bedrohung aufkeimte, die ein enges Zusammenrücken im Kampf gegen den Feind notwendig erscheinen läßt. Bush verdankt seine Wiederwahl nicht nur einer konsequenten und moralischen Argumentation in der Innenpolitik, sondern auch der moralischen Klarheit, mit der er in der Außenpolitik „mit uns oder gegen uns“ typisiert. Diese den Amerikanern ureigene Denkweise geht zurück auf die Gründungsväter, die von einem manichäischen Weltbild geprägt Gut und Böse klar unterschieden. Die Europäer hingegen denken weniger in moralischen, als vielmehr in rechtlichen Kategorien von Legitimität. Und während Europa stets darauf bedacht ist, eine Ordnung anzustreben, die von allen akzeptiert werden kann, sind die Amerikaner sich sicher, diese bereits gefunden zu haben. Doch welche Auswirkungen haben Religion und Werte auf die amerikanische Außenpolitik?

Eines vorweg: keine einzige, der zahlreichen christlichen Glaubensgemeinschaften in den USA hat den Irakkrieg befürwortet – ganz im Gegenteil. Doch die Festnahme des personifizierten Bösen Saddam Hussein verschafft vielen im Land eine tiefe Genugtuung und somit einen gewissen Grad an Versöhnung. Braml weist in seinem Buch *Amerika, Gott und die Welt* darauf hin, daß der Terrorismus neue Macht und Wertestrukturen etabliert und daß ein gefestigtes religiöses Establishment auch weiterhin versuchen werde, den Kurs der amerikanischen Außenpolitik zu beeinflussen.

Traditionell nahmen die Republikaner in der Vergangenheit eine eher gemäßigte Rolle gegenüber den arabischen Ländern ein. Einerseits, um die Ölindustri nicht zu gefährden. Andererseits wegen der Sorge, ein zu starkes Engagement für Israel könne die arabischen Ländern an die Seite Rußlands oder, in jüngster Zeit, zu extremen Islamisten drängen. Doch durch den Einfluß der Christlich Rechten, die seit den Anschlägen des 11. September 2001 eine Art jüdisch-christliche-Schicksalsgemeinschaft betont, ist in den letzten Jahren ein vermehrtes Eingehen auf jüdische Angelegenheiten und eine stärkere Berücksichtigung israelischer Interessen innerhalb der republikanischen Partei zu beobachten.

Die Rolle der Kirche in den USA

Angesichts fragmentierter US-amerikanischer Politik und weitreichender gesellschaftlicher Segmentierung stellt sich die Frage, wodurch die Vereinigten Staaten und ihre Bevölkerung überhaupt zusammengehalten werden. Peter Lösche sieht im Länderbericht der Bundeszentrale für politische Bildung den vorhandenen Bedarf an Integration durch die amerikanische Ideologie gedeckt, zu der neben dem American Dream vom sozialen Aufstieg – vom Tellerwäscher zum Millionär – auch Symbole und Rituale, nationale Denkmäler und die Verpflichtung auf die Nationalflagge gehören. Daraus entsteht eine besondere Mischung aus Patriotismus, Religion und Moralismus, die die amerikanische Lebenswelt ausmacht.

Daß die Kirchen in Amerika eine so wichtige Rolle spielen und ein so hoher Prozentsatz der Amerikaner sich heute als gläubig bezeichnet, liegt nicht zuletzt an der strikten Trennung von Kirche und Staat, die seit der Gründung der Vereinigten Staaten herrscht. Sie führte von Anfang an zu einem Wettbewerb der Kirchen um die Gläubigen, die immer wieder versuchten, möglichst viele Menschen für ihre religiösen und sozialen Ziele zu mobilisieren. Und während man einerseits die Religionsfreiheit leidenschaftlich verteidigt, begegnet man andererseits jenen mit Skepsis, die gar keiner Glaubensgemeinschaft angehören. Der Amerikaexperte Michael Zöller sieht den Grund für dieses Phänomen darin, daß allein die Religion von jenem Anpassungsdruck ausgenommen ist, den die amerikanische Kultur ansonsten auf die Neuankömmlinge ausübt. Religion gilt seit jeher als die einzige Besonderheit, die sie nicht ablegen sollten. Damit herrscht ein gewisser Druck gegen ethnische Ausgrenzung und auf religiöse Zuordnung. Ein weiterer Grund für die tiefe Verwurzelung der Kirchen in der amerikanischen Gesellschaft ist deren immense soziale Bedeutung. Da der Staat in diesem Bereich weniger Verantwortung übernimmt als in den meisten europäischen Ländern, werden Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und soziale Dienste oft von den religiösen Gemeinden unterhalten.

Doch in den letzten Jahren mehren sich in Amerika jene Stimmen, die um die Distanz zwischen Religion und Politik fürchten. Da gibt es jene, die „One Nation under God“ aus dem Treueschwur auf die amerikanische Flagge, der Pledge of Allegiance, herausnehmen wollen. Andere versuchen zu verhindern, daß der Präsident bei der Ablegung seines Amtseides die Hand auf die Bibel legt oder daß ein Gebet für ihn gesprochen wird. Wieder andere finden, daß Themen wie Abtreibung und Homo-Ehe nicht von der Politik, sondern lediglich von den Kirchen aufgegriffen werden sollten. Und nicht zuletzt führte die Schaffung eines eigenen, nationalen Amtes für Faith-Based and Community Initiatives zu Kritik von allen Seiten. Mit dieser Initiative will der Präsident soziale Einrichtungen für Arme, Drogenabhängige und Obdachlose, die von religiösen Gemeinden unterhalten werden, mit staatlichen Mitteln fördern. Und obwohl sogar Kritiker

nicht völlig bestreiten, daß religiöse Gruppen soziale Probleme oft besser lösen können als der Staat, befürchten sowohl Atheisten als auch Kirchen und sogar die konservative christliche Rechte die Aushöhlung der Trennung zwischen Kirche und Staat. Angehörige kleinerer Religionsgruppen haben Angst, bei diesen Projekten benachteiligt zu werden. Und es wird schwer fallen eine Grenze zu ziehen, zwischen Gemeinden, Kirchen oder gar Sekten. Scientology zum Beispiel betreibt ein sehr erfolgreiches Anti-Drogen-Programm. Es stellt sich die Frage, wie weit der Staat sich das Recht herausnimmt, auf die Verwendung seiner Mittel in den Gemeinden Einfluß zu nehmen.

Die Meinungen im Volk sind dies bezüglich alles andere als eindeutig. Eine große Mehrheit, 85 Prozent, ist dagegen, daß Politiker ihre religiösen Ansichten in den Gesetzgebungsprozeß einbringen. Andererseits ist die Hälfte der Amerikaner der Meinung, Kirchen sollten in aktuellen politischen Fragen Stellung beziehen. Ein Viertel hält es sogar für angebracht, daß Pfarrer vor Wahlen Empfehlungen für bestimmte Kandidaten aussprechen.

Unterschiede zu Westeuropa

Auf seiner letzten Reise nach Europa sprach Präsident Bush von „gemeinsamen moralischen Werten“ zwischen Europa und den USA, nicht von „gemeinsamen religiösen Traditionen“. Er schien sich der Tatsache bewußt zu sein, daß religiöse Aussagen in europäischen Ländern eine andere Bedeutung zugemessen wird, als dies in Amerika der Fall ist. Das American Institute for Contemporary German Studies hat kürzlich in einer Studie herausgefunden, daß die amerikanische Rhetorik im Bezug auf Gott und Religion vor allem bei der deutschen Bevölkerung oft Unbehagen auslöst. Die Autorin des Artikels *Rhetoric and the U.S.-German Dialogue* Kathleen Dow Magnus schreibt, viele Deutsche legten Bushs religiösen Sprachstil als Reflektion auf eine fundamentalistische Grundeinstellung aus. Für Menschen, die nicht daran gewöhnt seien „Gott beschütze Deutschland“ oder „Gott beschütze Europa“ zu hören, entstände so unweigerlich der Eindruck, der Präsident wolle mit den Worten „God bless America“ das Wohl der Vereinigten Staaten über das anderer Länder stellen.

Trotz der strikten Trennung von Kirche und Staat finden deutlich mehr religiöse Symbole Eingang in die Politik der Vereinigten Staaten als das in Europa der Fall ist. Diese Ausprägung der Politik zur Zivilreligion trägt jedoch wesentlich zum Zusammenhalt einer aus vielen Einwanderungsströmen zusammengesetzten Nation bei. Somit werden Religion und Glaube in schwach strukturierten Gesellschaften, mit ethnischem und kulturellem Pluralismus, zu wichtigen Instrumenten sozialer Teilhabe.

Desweiteren muß man, um jene Unterschiede zwischen den USA und Westeuropa zu verstehen, einen weiten Blick zurück auf die geschichtliche Entwicklung der beiden Kontinente werfen. Denn das ursprünglich gemeinsame

Wertefundament hat im Laufe der Zeit unterschiedliche Ausprägungen erfahren. Und in kaum einem anderen Bereich wird das deutlicher, als in Religions- und Wertfragen. Während sich in Europa im 19. und 20. Jahrhundert das Selbstverständnis von Religion zur Philosophie der Aufklärung und modernen Theologie wandelte, festigten sich in Amerika zum Teil fundamentalistische Grundsätze. Somit war das politische System der USA von Anfang an von religiösen Visionen beeinflusst. Die ersten Siedler waren aus Europa ausgewandert, weil ihre Religion in ihrer Heimat nicht toleriert wurde und sie in der neuen Welt einen Ort sahen, an dem sie ihren Glauben uneingeschränkt ausüben konnten. Dieses Sendungsbewußtsein war aufs Engste mit der Staatsgründung und dem amerikanischen Selbstverständnis verknüpft. Die Möglichkeit, die eigene Religion in allen Ausprägungen zu praktizieren, gehörte in Amerika von Anfang an zur individuellen Freiheit und hat bis heute ihren unantastbaren Platz im ersten Verfassungszusatz.

Fazit

Man mag Bushs von religiösem Sendebewußtsein geprägte Rhetorik mögen oder nicht, mancher mag diese sogar rückwärtsgewandt finden, doch sie trifft den Zeitgeist in der amerikanischen Bevölkerung. Religion, Werte und Moral spielen in der amerikanischen Gesellschaft eine wichtige Rolle und werden das auch in Zukunft tun – ein Sachverhalt, den es zu berücksichtigen gilt, wenn man die politischen Abläufe des Landes angemessen verstehen will.

Was läßt das für Europa erwarten? Kommen die gesellschaftlichen Strömungen und Moden aus den USA nicht früher oder später alle bei uns an? Teilweise mag das sicherlich zutreffen. Auch in Deutschland haben Trendforscher ein Comeback der Werte ausgemacht: Ethik und Moral seien die zentralen Themen des 21. Jahrhunderts. Durch die Ernennung eines Deutschen zum Papst wächst unter Christen zudem die Hoffnung, es könnten sich in Zukunft wieder mehr Menschen in Deutschland für die Kirche an sich interessieren. Führende Köpfe wie der Journalist Peter Hahne mahnen zu Standfestigkeit: „Wer sich dauernd verpflanzen läßt,“ so Hahne in seinem Buch *Schluß mit lustig – Das Ende der Spaßgesellschaft* „bleibt letztendlich ohne festen Standpunkt. Wir leben in einer Umtopfgesellschaft, die die Proklamation fester Werte unter Fundamentalismusverdacht stellt.“ In seinem Fazit schließt Hahne sich dem Zitat Alexander Solschenizyns an und fordert: „Holt Gott zurück in die Politik!“

Andererseits spricht auch einiges dagegen. Europa, vor allem Deutschland, ist wesentlich städtischer geprägt als die Vereinigten Staaten. Hinzu kommt, daß die Säkularisierung im Laufe der Geschichte in Europa viel weiter fortgeschritten ist und Religion über Jahrzehnte hinweg immer mehr an Bedeutung verloren hat. Vorallem in den neuen Bundesländern ist durch das Ausblenden der Kirchen über Jahrzehnte hinweg das christliche Fundament sehr instabil geworden. Das

mag sich durch einen Trend vorübergehend verlangsamen lassen – doch ob es dadurch aufzuholen ist, bleibt zu bezweifeln.

Wie können Europäer und Amerikaner dennoch Verständnis für ihre so gegensätzlichen Lebenswelten aufbringen? Bisher liegt ein gravierender Fehler der Europäer darin, daß beim Blick auf die USA von vorne herein Bekanntes erwartet wird und somit die zum Verstehen notwendige Distanz verloren geht. Dies ist bereits der Ausgangspunkt für viele Mißverständnisse. Wer die Vereinigten Staaten tatsächlich begreifen will, sollte sie zunächst als fremdes Land analysieren und versuchen, sie von innen heraus in all ihrer Vielschichtigkeit zu verstehen. Auf der anderen Seite müssen die Amerikaner sich an den Gedanken gewöhnen, daß Europa – zumindest in diesem Bereich – andere Wege geht und dies auch akzeptieren. Im U.S. News & World Reports vom 30. Mai dieses Jahres wird mit dem Artikel „European, Not Christian“ – „Europäisch, nicht christlich“ das Unverständnis der Amerikaner über die Abwendung der Europäer vom Christentum deutlich.

Die Zeit macht die unterschiedlichen religiösen Einstellungen der beiden Regierungschefs Bush und Schröder sogar mitverantwortlich für deren schlechtes Verhältnis zueinander. So heißt es in einem Artikel „der deutsche Kanzler, mehrfach geschieden und Freund des Rotweins, verkörpert alles, was Bush hinter sich gelassen hat.“ Und Schröders einstiges Juso-Motto „Ich will eine Gesellschaft, die Kirche überflüssig macht“ trägt dabei genauso wenig zur deutsch-amerikanischen Freundschaft bei wie die Worte eines Bush-Wählers: „George Bush hat getan was Gott ihm befohlen hat. Wen kümmert es, was der Rest der Welt davon hält?“